

magazin

für beamtinnen und beamte

DGB

Ausgabe 05.2010

20.05.2010



Besoldungsrunde 2010 Parlament am Zug

www.beamten-magazin.de



¹⁾ Voraussetzung: Bezügekonto (ohne Mindesteinzug)
²⁾ Bei entsprechender Bonität
³⁾ Kondition freibleibend

**Abruf-Dispokredit²⁾
bis zum 6-Fachen
Ihrer Nettoeinzüge
7,99 % p. a.³⁾**



Exklusivangebote für alle Beamtinnen und Beamten im DGB

0,- Euro Bezügekonto¹⁾

- Kostenfreie Kontoführung und BankCard
- Regelmäßiger und kostenfreier Ratgeber „Rund ums Geld im öffentlichen Sektor“
- Regelmäßiger E-Mail-Newsletter
- Bequemer Kontowechsel für Ihr bisheriges Konto
- Kostenfreie Bargeldversorgung an allen Geldautomaten der BBBank sowie an über 2.500 Geldautomaten unserer CashPool-Partner
- Kostengünstige Verfügungsmöglichkeiten an über 18.600 Geldautomaten des genossenschaftlichen BankCard ServiceNetzes.

+ Abruf-Dispokredit¹⁾²⁾

- Bis zum 6-Fachen Ihrer Nettoeinzüge

+ 0,- Euro Depot¹⁾

- Einfacher und kostenfreier Depotübertrag

+ DGB Das RentenPlus: Riester-Rente zum Spezialtarif

- Mindestens 40 % Rabatt auf den Ausgabeaufschlag bei Abschluss UniProfiRente
- Rabatt gilt auch für bestehende Verträge
- **Zusätzlich 200,- Euro einmalige staatliche Zulage für junge Riester-Einsteiger (bis 25 Jahre)**

Jetzt informieren:

Bei Ihrem BBBank-Berater für den öffentlichen Dienst,
unter www.bezuegekonto.de oder Tel. 0 180/40 60 105
(20 Ct./Anruf a. d. dt. Festnetz, max. 42 Ct./Minute aus Mobilfunknetzen)



BB Bank

Die Bank für Beamte
und den öffentlichen Dienst

Inhalt

Titel	
Besoldungsrunde 2010 – Parlament am Zug	4
Im Gespräch	
Dienstrechtsentwicklung beobachten	
Meinungsaustausch zwischen Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière und DGB-Vize Ingrid Sehrbrock	6
DGB-Kongress	
Geschäftsführender Bundesvorstand bestätigt	7
Aus den Ländern	
Saarland: Kahlschlag im öffentlichen Dienst?	9
Brandenburg: DGB: Öffentlicher Dienst verliert an Attraktivität	10
NRW: Zwischen Fiktion und Wirklichkeit	11
Sachsen-Anhalt: Stipendienprogramm auch für Lehrkräfte	12
Porträt	
Betriebratsvorsitzender beim Postbank-Filialvertrieb Stuttgart im Porträt	13
Service	
Beihilfe spezial	14
Interview	
Ingrid Sehrbrock über die beamtenpolitischen Schwerpunkte der nächsten Amtsperiode	16
Aus den Gewerkschaften	
„Bildung ist Mehrwert!“	17
Vermischtes	
Beamtinnen und Beamte des Bundes nach Laufbahnguppen	18

Impressum

Herausgeber: DGB-Bundesvorstand, Bereich Öffentlicher Dienst und Beamte, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin, Verantwortlich für den Inhalt: Ingrid Sehrbrock; Redaktion: Nils Kammradt, Lisa Kranz, Mirjam Muhs, Silke Raab; Gestaltung: SCHIRMWERK, Essen; Titelbild: ©Deutscher Bundestag/Lichtblick/Achim Melde; Druck: VVA GmbH, Düsseldorf; Verlag, Vertrieb und Anzeigenmarketing: INFO-SERVICE, Mannheimer Straße 80, 68804 Altlußheim, Telefon: 0180 5835226, Fax: 0180 5329226, infoservice@beamteninformationen.de, www.beamten-magazin.de; Erscheinungsweise: monatlich; Jahresbezugspreis: 19,50 Euro inkl. Zustellgebühr

Editorial



Liebe Leserinnen, liebe Leser,
die Tarif- und Besoldungsrunde im Bund dominiert unsere Arbeit in der ersten Hälfte dieses Jahres. Unser vorläufiges Fazit: Schnell und weitgehend zeit- und inhaltsgleich werden die Bezüge im Bund steigen. Deutliche Kritik gibt es vor allem daran, dass die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger keine Einmalzahlung erhalten sollen. Deshalb bleibt die Besoldungsrunde weiter auf der Tagesordnung, denn nun muss das Parlament entscheiden und auch dort werden wir die Anliegen der Beschäftigten vorbringen.

Die Versorgung wird uns auch über dieses Jahr hinaus weiter beschäftigen. Die DGB-Bundeskommision für Beamtinnen und Beamte hat sich zum Auftrag gemacht, die Entwicklung in Bund und Ländern intensiv zu verfolgen und den ständigen Angriffen in den Medien klare Argumente entgegenzuhalten. Die „Trennung der Systeme“, wie sie derzeit in Baden-Württemberg vorbereitet wird, soll genau unter die Lupe genommen werden. Denn: Weitere Kürzungen in der Versorgung – ob offen oder verdeckt – darf es nicht geben.

Es gibt viel zu tun. Der Bundeskongress hat dem DGB ein klares Mandat für weitere vier Jahre intensiver Arbeit verliehen. Zu den Kernaufgaben zählt auch nach der neuen Satzung die Vertretung der Beamtinnen und Beamten als ihre Spitzenorganisation. Das ist für uns nicht nur eine Aufgabe, sondern eine politische Verpflichtung.

Nils Kammradt
Bereichsleiter Öffentlicher Dienst und Beamte
beim DGB Bundesvorstand

Titel



Die Bundesregierung hat den Entwurf des Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetzes 2010/2011 beschlossen. Nun ist der Bundestag am Zug. Im Beteiligungsgespräch am 23. April erntete Innenstaatssekretärin Rogall-Grothe Lob und Kritik von Seiten des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften. Diskutiert wurde vor allem über die Versorgung. Für Nachbesserungen ist jetzt das Parlament gefragt.

Für die Staatssekretärin im Bundesministerium des Innern Cornelia Rogall-Grothe war es das erste Beteiligungsgespräch und sie dürfte den Eindruck gewonnen haben, dass Gewerkschaften zwar loben, doch auch sachlich fundiert und deutlich Kritik üben können. Selten habe der Gesetzentwurf für eine Besoldungs- und Versorgungsanpassung so schnell auf dem Tisch gelegen, wie in dieser Einkommensrunde. Nur vier Wochen nach dem Tarifabschluss fanden gut 70 Seiten Gesetzentwurf und Begründung einschließlich der neuen Besoldungstabellen ihren Weg zum DGB und zu seinen Mitgliedsgewerkschaften

Besoldungsrunde 2010

Parlament am Zug

des öffentlichen Dienstes. Das schaffe Vertrauen bei den Beschäftigten, lobten die gewerkschaftlichen Vertreter einhellig. Das Tarifergebnis werde in seinen wesentlichen Zügen auch zeit- und inhaltsgleich auf die Besoldung übertragen, was ebenfalls begrüßt wurde.

Tarifübertragung zeit- und inhaltsgleich

Der Gesetzentwurf sieht vor, die Dienst-, Anwärter- und Versorgungsbezüge

- zum 1. Januar 2010 um 1,2 Prozent,
- zum 1. Januar 2011 um 0,6 Prozent sowie
- zum 1. August 2011 um 0,3 Prozent anzuheben.

Deutlichen Widerspruch gab es jedoch dagegen, wie sich die Versorgung entwickeln solle. Der Anpassungsfaktor gemäß § 69e Beamtenversorgungsgesetz (BeamtVG) soll dabei angewendet werden. Die Anhebung der Versorgungsbezüge wird sich deshalb zum 1. Januar 2010 sowie zum 1. Januar 2011 jeweils um 0,54 Prozentpunkte vermindern. Damit wird die schrittweise Abflachung des Höchstversorgungssatzes von 75 auf 71,75 Prozent durch das Versorgungsänderungsge-



Foto: ©iStockphoto.com/PeJo29

setz 2001 vollzogen und findet zum 1. Januar 2011 ihren Abschluss. Auf die Anpassung zum 1. August 2011 findet die derzeit ausgesetzte Verminderung der Dienst- und Versorgungsbezüge um 0,2 Prozentpunkte je Anpassung gemäß § 14a Bundesbesoldungsgesetz (BBesG) Anwendung. Damit soll der Aufbau der Versorgungsrücklage des Bundes weitergeführt werden. Die Bezüge sollen aus diesem Grund nur um 0,3 statt um 0,5 Prozent angehoben werden. Der Tarifabschluss sieht ein halbes Prozent vor. Darüber hinaus sollen die Empfängerinnen und Empfänger von Dienstbezügen im Januar 2011 eine Einmalzahlung in Höhe von 240 Euro, Anwärterinnen und Anwärter in Höhe von 50 Euro erhalten. Versorgungsempfängerinnen und -empfänger erhalten dagegen keine Einmalzahlung.

Neben der linearen Anpassung und der Einmalzahlung ist vorgesehen, die im Tarifvertrag vereinbarte Regelung zur Altersteilzeit und die Regelung zum flexiblen Übergang in den Ruhestand (so genanntes „FALTER-Modell“) zu übertragen.

Versorgungsanpassung kontrovers diskutiert

Kontrovers diskutiert wurde vor allem die Anpassung der Versorgung. In der Kritik stand, dass es im Jahr 2011 keine Einmalzahlung für die

Titel

→ Versorgungsempfängerinnen und -empfänger geben solle. Von der Besoldungsanpassung komme bei Ihnen nur ein Bruchteil an. Nun werde von der Bundesregierung ausgerechnet der Teil des Tarifiergebnisses gestrichen, der von Seiten der Arbeitgeber als „soziale Komponente“ bezeichnet worden war. Der großen Zahl von Versorgungsempfängerinnen und -empfängern des Bundes, die aus dem einfachen und mittleren Dienst stammen, ist das nicht vermittelbar. Sie hatten sich in zahlreichen Schreiben zu Wort gemeldet und ihrer Erwartung, keine Sonderopfer erbringen zu müssen, Ausdruck verliehen. Diese Kritik kam bei der Innenstaatssekretärin sichtbar an. Sie hielt jedoch dagegen, dass die Haushaltslage des Bundes mehr nicht zulasse. Die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger hätten an der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung teil, da sie nicht von der linearen Besoldungsanpassung abgekoppelt würden. Das führte unmittelbar zur nächsten gewerkschaftlichen Kritik: Ohne nähere Begründung lebe die Versorgungsrücklage wieder auf, durch die die An-

passung zum 1. August 2011 um 0,2 Prozentpunkte gekürzt werde. Ob die Versorgungsrücklage überhaupt fortgeführt werden solle, hätte zunächst einmal geprüft werden müssen. So schreibe es § 14a Bundesbesoldungsgesetz unmissverständlich vor. Die Staatssekretärin sagte zu, einen entsprechenden Bericht vorzulegen, bevor die Maßnahme greife. Wenig Trost für die Betroffenen, die zu Recht mehr Geld und weniger Berichte erwarten.

Parlament am Zug

Das Bundeskabinett hat den Gesetzentwurf am 3. Mai 2010 beschlossen. An der Versorgungsrücklage und dem Wegfall der Einmalzahlung für die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger hält die Bundesregierung fest. Der Bundestag kann aber noch nachbessern. Das Kabinett beschloss außerdem, wie in der Vergangenheit üblich, dass im Vorgriff auf das Gesetz Abschlagszahlungen, voraussichtlich mit den Augustbezügen 2010, möglich sein sollen. ■

Debeka Krankenversicherungsverein a. G.



Größte Selbsthilfeeinrichtung des öffentlichen Dienstes auf dem Gebiet der Krankenversicherung

Die Debeka hat die zufriedensten Kunden

... und das bereits seit Jahren in Folge!

TESTSIEGER
Kundenmonitor® Deutschland 2009
Kundenzufriedenheit
Preis-Leistungs-Verhältnis
Wiederwahlabsicht
Weiterempfehlungsabsicht
Branche: Private Krankenversicherungen
Details unter www.debeka.de/kundenmonitor

Debeka-Hauptverwaltung
Ferdinand-Sauerbruch-Straße 18
56058 Koblenz
Telefon (02 61) 4 98 - 0
www.debeka.de

Debeka

erfahren. sicher. günstig.



Meinungsaustausch zwischen Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière und DGB-Vize Ingrid Sehrbrock

Dienstrechtsentwicklung beobachten

Dienstrechtsentwicklung und Arbeitnehmerdatenschutz waren die Themen, über die sich Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière und DGB-Vize Ingrid Sehrbrock am 14. April 2010 zu einem Meinungsaustausch zusammenfanden. Zur Besoldungsrunde im Bund wurde auf das laufende Beteiligungsverfahren verwiesen. Der Minister stellte jedoch klar, dass zur zeit- und inhaltsgleichen Übertragung aus seiner Sicht die Versorgungsrücklage zähle. Sehrbrock bat den Minister darum zu erläutern, wie der Auftrag des Koalitionsvertrages im Bund, die Auswirkungen der Föderalismusreform auf das Dienstrecht zu beobachten und ein zu starkes Auseinanderfallen zu verhindern, umgesetzt werden solle. De Maizière hielt Berichte zu ausgewählten Themenbereichen für möglich. Außerdem wurde vereinbart, dass sich DGB und Ministerium auf Arbeitsebene über ihre jeweiligen Informationsstände austauschen. Der Minister bat im Gegenzug darum, möglichst konkrete Vorschläge zur Umsetzung des Gesundheitsmanagements zu unterbreiten. Die gemeinsame Vereinbarung vom Dezember 2009 müsse im Austausch mit DGB und Gewerkschaften mit Leben erfüllt werden. Im zweiten Teil des Gesprächs tauschten sich de Maizière und Sehrbrock über die Pläne zum Arbeitnehmerdatenschutz aus. Sehrbrock verwies darauf, dass die Eckpunkte des Ministeriums viele Fragen darüber offen ließen, wie ein effektiver Schutz der Arbeit-



Foto: BMI/Hans-Joachim M. Rickel

nehmerinnen und Arbeitnehmer vor unberechtigten Zugriffen der Arbeitgeber aussehen könne. De Maizière erklärte, man habe sich noch nicht in allen Punkten abschließend festgelegt, stellte aber eine baldige Verbändebeteiligung in Aussicht. ■

Das RentenPlus



Die Riester-Rente für Gewerkschaftsmitglieder zum günstigen Sondertarif

Das RentenPlus ist eine Riester-Rente zum günstigen Sondertarif, exklusiv für Gewerkschaftsmitglieder ohne betriebliche Altersvorsorge und deren Angehörige. Das RentenPlus bietet zwei Vorsorgevarianten:

<p>Rentenversicherung Mit der Rentenversicherung setzen Sie auf die solideste Form der Finanzierung Ihrer privaten Altersvorsorge. Das Kapital wird in eine sicherheitsorientierte Anlage mit einer Garantieverzinsung von 2,25% investiert.</p>	<p>Fondssparplan Mit dem Fondsprodukt setzen Sie auf eine hervorragende Zukunftsvorsorge mit starken Referenzen: Die UniProfiRente wurde von den unabhängigen Experten von Finanztest erneut empfohlen: „Geht es Ihnen vor allem um die hohen Renditechancen, empfehlen wir die UniProfiRente.“ (Finanztest 11/2009)</p>
---	---

Jetzt persönliches Angebot anfordern
Bitte per Fax an 0180 500659081 oder im Internet unter www.das-rentenplus.de

DGB-Kongress

Der alte Geschäftsführende Bundesvorstand (GBV) des Deutschen Gewerkschaftsbundes ist auch der neue. Die Delegierten des 19. Ordentlichen DGB-Bundeskongresses in Berlin haben die Kandidatinnen und Kandidaten in ihren Ämtern bestätigt. Michael Sommer wurde mit überwältigender Mehrheit zum dritten Mal als DGB-Bundesvorsitzender gewählt. Die stellvertretende Bundesvorsitzende Ingrid Sehrbrock wurde ebenfalls in ihrem Amt bestätigt. Zu weiteren Mitgliedern des Geschäftsführenden Bundesvorstands gewählt wurden Annelie Buntenbach, Dietmar Hexel und Claus Matecki.

Arbeit. Gerechtigkeit. Solidarität.

Tags zuvor hatte Sommer den Kongress, der unter dem Motto „Arbeit. Gerechtigkeit. Solidarität.“ steht, mit einem Statement gegen Rechts und der Forderung nach einer entschlossenen Regulierung der Finanzmärkte eröffnet. „Unsere Geduld gegenüber Gier und Geiz ist zu Ende!“, rief Sommer den politischen Repräsentanten entgegen. Jetzt müsse gehandelt werden – „gemeinsam, entschlossen und schnell“ – eine Krise, wie sie sich Griechenland ereignet habe, dürfe sich nicht wiederholen.“ Nötig sei eine wirkungsvolle Steuer auf alle Finanztransaktionen.



Der Geschäftsführende Bundesvorstand des DGB nach der Wiederwahl (v.l.): Claus Matecki, Annelie Buntenbach, Michael Sommer (Vorsitzender), Dietmar Hexel, Ingrid Sehrbrock (stellvertretende Vorsitzende). Foto: DGB/Simone M. Neumann

denbremse im Grundgesetz ebenso wie die Rente mit 67. An einer verstärkten Förderung von Kitas, Bildung und Forschung gehe jedoch kein Weg vorbei: „Das werden Schwerpunkte dieser Regierung bleiben!“ betonte die Kanzlerin. Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit übte heftige Kritik an der Schuldenbremse. Die Kommunen bräuchten bereits jetzt massiv Hilfe. In Zukunft werde sich die finanzielle Situation nicht bessern.

Ordnung in den Köpfen und im System

Der Kampf für eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt, im Steuersystem, bei der Finanzmarktregulierung und in der Gesellschaft werde seine Arbeit in den kommenden vier Jahren bestimmen, erläuterte Michael Sommer nach seiner Wiederwahl. Es sei eine große Vision,

Geschäftsführender Bundesvorstand bestätigt

Merkel: Keine Finanztransaktionssteuer ohne internationale Kooperation

Bundeskanzlerin Angela Merkel blieb skeptisch. Ohne internationale Kooperationen könnten die Finanzmärkte nicht geregelt werden. Solange eine Finanztransaktionssteuer nicht die Wall Street und die City of London erfasse, sei die Steuer keine Option, sagte Merkel. Vielen wichtigen gewerkschaftlichen Forderungen, wie dem allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn, erteilte die Kanzlerin eine Absage. Sie verteidigte die Schul-



Foto: Ulla Spiekermann

in Ordnung zu bringen, was in zwei, drei Jahrzehnten in Deutschland durcheinander geraten ist. „Das ist eine wirkliche Herausforderung: Eine neue Ordnung für die guten Ziele Arbeit, Gerechtigkeit, Solidarität.“ Der DGB-Vorsitzende hob hervor, dass die Vision der Gewerkschaften eine menschliche, gerechte, solidarische Gesellschaft mit guter Arbeit für alle ist. „Wir haben verhängnisvolle Jahre von Deregulierung, Privatisierung und zügelloser Globalisierung erlebt. Unsere Werte von guter Arbeit, Gerechtigkeit und Solidarität wurden erst verhöhnt und dann ausgehöhlt. Unsere Gesellschaft muss in eine gute, in eine soziale, in eine solidarische Ordnung gebracht werden. In eine neue Ordnung. Damit Arbeit, Gerechtigkeit und Solidarität wieder den Wert erhalten, der ihnen zukommt.“

Der Markt ist nicht weise, der Staat Garant für gesellschaftlichen Zusammenhalt

DGB-Vize Ingrid Sehrbrock betonte, wie wichtig gute Bildung und gute Kinderbetreuung für das gesellschaftliche Miteinander seien. Sie verwahrte sich gegen den Deregulierungswahn und unterstrich die Bedeutung öffentlicher Investitionen. „Die richtige soziale Marktwirtschaft muss sich verabschieden von der despektierlichen Bewertung öffentlicher Dienstleistung und der Menschen, die da arbeiten.“ Der Markt sei nicht weise – der Staat garantiere den gesellschaftlichen Zusammenhalt. ■

Meldungen

Bund

Streikrecht im Fokus

Das Streikrecht für Beamtinnen und Beamte war Schwerpunkt der Sitzung der Bundeskommission für Beamtinnen und Beamte (BkBB) Mitte April in Berlin. Streikrechts-Experte Klaus Lörcher erläuterte die neuere Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) und analysierte deren Bedeutung für die Bundesrepublik. Bisher können Beamtinnen und Beamte in Deutschland nicht wie Tarifbeschäftigte über ihre Einkommen verhandeln. Die Rechtsprechung verweist auf Art. 33 Abs. 5 GG. Mit den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums und der besonderen Treuepflicht nach Art. 33 Abs. 4 werden die Einschränkung

der Koalitionsfreiheit und das Streikverbot für Beamtinnen und Beamte begründet. Für die Bundesregierung ist der einheitliche Status im Beamtenverhältnis entscheidend für die eingeschränkten Verhandlungsrechte der Beamtinnen und Beamten. Internationale Gremien betonen dagegen den Stellenwert der ausgeübten Funktion. Einschränkungen müssen sich immer aus der besonderen Funktion rechtfertigen. Der EMGR in Straßburg hat diese Haltung bestätigt. Eine Einschränkung der Koalitionsrechte allein aufgrund des Beamtenstatus verstoße gegen Art. 11 der Europäischen Menschenrechtskonvention. Der schütze auch das Streikrecht der Beamtinnen und Beamten, und zwar immer dann, wenn sie Tätigkeiten ausüben, die auch von Tarifbeschäftigten wahrgenommen werden.

DGB und Gewerkschaften fordern seit langem, die kollektiven Rechte von Beamtinnen und Beamten anzuerkennen. Auf dem 19. Ordentlichen Bundeskongress des DGB steht auch der Antrag „Für ein modernes öffentliches Dienstrecht – Für Gute Arbeit im öffentlichen Dienst“ zur Debatte und Abstimmung, in dem es u. a. heißt: „Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat im Jahr 2009 ausdrücklich klargestellt, dass Beamtinnen und Beamten die volle Koalitionsfreiheit bis hin zum Streikrecht zusteht. Die Koalitionsfreiheit für Beamtinnen und Beamte zu verwirklichen heißt, ein Menschenrecht zu verwirklichen!“ Jetzt, so Lörcher, sei der Moment gekommen, Strategien zu entwickeln und ernsthaft mit der Durchsetzung zu beginnen. ■

– Anzeige –



Unser Angebot – Ihr Vorteil

Das Informationsangebot des DBW

OnlineService des DBW für nur 10 Euro

Neben dem RatgeberService und AboService informiert der DBW die Beschäftigten und ehemaligen Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes auch im Internet über aktuelle und wichtige Themen. Mit dem OnlineService können Sie sich auf mehr als 20 Websites informieren. Das breite Themenangebot ist aktuell und übersichtlich gestaltet.

Wenn Sie sich für den OnlineService anmelden, erhalten Sie eine Zugangskennung mit der Sie mehr als 800 PDFs auf allen Websites des DBW öffnen, lesen und ausdrucken können. Im Angebot des OnlineService finden Sie auch einige Ratgeber als OnlineBuch, beispielsweise „Nebentätigkeitsrecht für Beamte und Tarifbeschäftigte“ und „FrauenSache im öffentlichen Dienst“.



Das alles für nur 10,00 Euro (inkl. MwSt.) bei einer Laufzeit von 12 Monaten. Anmelden können Sie sich für den OnlineService unter www.dbw-online.de/onlineservice.

Bestellung

per E-Mail: info@dbw-online.de
per Telefon: 0211 7300335
per Telefax: 0211 7300275
Deutscher Beamtenwirtschaftsring e.V.
Höherweg 287
40231 Düsseldorf

Noch schneller geht es online unter: www.dbw-online.de

Ich zahle / Wir zahlen per **Ermächtigung zur Lastschrift:**

JA, ich möchte ab sofort am OnlineService teilnehmen.

Name, Vorname

Firma

Straße

PLZ, Ort

E-Mail

Konto-Nummer

BLZ

Bank

Unterschrift

Aus den Ländern



Eine offene, tabulose Analyse der Einsparpotenziale und der Möglichkeiten, die Einnahmen zu verbessern – so umschreibt der saarländische Finanzminister Peter Jacoby (CDU) die Aufgabe der neuen Haushaltsstrukturkommission. Einsparpotenziale sieht die Landesregierung in erster Linie im Abbau von Personal im öffentlichen Dienst. Gewerkschaften warnen vor den Folgen und betonen: Im Zentrum der Haushaltssanierung muss die Verbesserung der Einnahmen stehen.

Am 11. Mai 2010 fand in Saarbrücken die konstituierende Sitzung der Haushaltsstrukturkommission statt. Mit Ausnahme der saarländischen Linkspartei sind die im Landtag repräsentierten Parteien, die Wirtschaftskammern, die Arbeitskammer des Saarlandes sowie der ehemalige rheinland-pfälzische Finanzminister Ingolf Deubel (SPD) vertreten. „Angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise, der finanzwirtschaftlichen Extremlage in Griechenland und der äußerst zugespitzten Haushaltssituation aller öffentlichen Gebietskörperschaften ist es dringend notwendig, die Defizite zu verringern und sukzessive abzubauen. Hierzu haben der Bund und die Länder eine Schuldenbremse im Grundgesetz verankert, die es nun einzuhalten gilt“, erläuterte Jacoby. Das Saarland müsse in den kommenden zehn Jahren im Schnitt jährlich 80 Millionen Euro einsparen oder mehr einnehmen.

Im Visier von Politik und Wirtschaft: der öffentliche Dienst

Der öffentliche Dienst ist in der Diskussion um Einsparpotenziale besonders ins Visier geraten. Die Landesregierung plant – mit wenigen Ausnahmen –, nur noch jede dritte frei werdende Stelle im öffentlichen Dienst wieder zu besetzen. Den Spitzenverbänden der Saar-Wirtschaft gehen diese Pläne noch nicht weit genug: Am Tag vor der ersten Kommissionssitzung forderten Handwerkskammer (HWK), Industrie- und Handelskammer (IHK) sowie die Vereinigung saarländischer Unternehmerverbände (VSU) in einer gemeinsamen Erklärung, die von der Landesregierung eingesetzte Haushaltsstrukturkommission müsse „das gesamte Aufgabenspektrum des Landes“ sowie die Verwaltungsstrukturen „auf den Prüfstand stellen“. Mit kleineren Korrekturen sei die extreme Haushaltsnotlage nicht zu korrigieren. Neben umfangreichem Personalabbau befürworten die Wirtschaftsverbände grundlegende Strukturreformen (Abschaffung der Landkreise, länderübergreifende Zusammenlegung von Ämtern und Behörden). In immer neuen Artikeln und Erklärungen mit dem Tenor „Stellenabbau als Überlebensstrategie“ verleihen Wirtschaftsvertreter seit Beginn des Jahres ihrer Forderung nach Stellenabbau im öffentlichen Dienst und strukturellen Veränderungen Nachdruck.



Foto: DIGITALstock/E. Artmann

Personalabbau ist keine Lösung

Widerstand gegen die Angriffe auf den öffentlichen Dienst kommt vor allem aus den Reihen der Gewerkschaften: ver.di-Landesbezirksleiter Alfred Staudt kritisierte scharf die neoliberale Forderung nach Stellenabbau und nach Zerschlagung der Landkreise. Staudt sagte, es sei „grotesk, immer wenn es schief gegangen ist, nach dem Staat zu rufen und dann, wenn es vermeintlich wieder anlaufe, sofort den rigorosen Rückzug des Staates mit Personalabbau und damit die Einschränkung der möglichen staatlichen Kontrolle einzufordern“. Nur Reiche könnten sich einen schlanken öffentlichen Dienst leisten. Der Beschäftigtenanteil im öffentlichen Dienst des Saarlandes sei jetzt schon – im Vergleich zu den anderen Bundesländern – geringer. Eugen Roth, Vorsitzender des DGB Saar, warnt, der geplante Kahlschlag sei eher schädlich als nützlich für die Eigenständigkeit des Landes. Außerdem verlören viele Saarländer dadurch eine berufliche Perspektive, was zu verstärkter Abwanderung vor allem junger Menschen führen würde. In einem ersten Gespräch der Gewerkschaftsvertreter für den öffentlichen Dienst im DGB Saar mit dem Minister für Inneres und Europaangelegenheiten in der saarländischen Landesregierung Stephan

Kahlschlag im öffentlichen Dienst?

Gewerkschaften warnen vor Plänen der saarländischen Landesregierung

Toscani (CDU) betonten beide Seiten den hohen Stellenwert des öffentlichen Dienstes im Saarland. Eugen Roth: „Wir stimmen mit Minister Toscani darin überein, dass wir uns im Saarland nicht an dem angelsächsischen Modell eines mageren Sozialstaates orientieren dürfen, in dem der Staat große Bereiche der Gesellschaft wie Bildung und Gesundheit privat organisiert.“ ver.di-Landeschef Staudt verlangt, das Hauptaugenmerk der Haushaltssanierung müsse auf der Verbesserung der Einnahmen liegen. ver.di Saar fordert daher u. a. die Wiedereinführung der Vermögenssteuer sowie die Einführung von Mindestlöhnen, die auch zu Steuermehreinnahmen führen würde. ■

Aus den Ländern

Baden-Württemberg

Anzeigepflicht für gewerkschaftliche Tätigkeit vom Tisch

Nach heftigen Protesten verzichtet die baden-württembergische Landesregierung im geplanten Dienstrechtsreformgesetz auf die umstrittene Anzeigepflicht für gewerkschaftliches Engagement. Der DGB hatte die Anzeigepflicht scharf kritisiert und wertet deren Wegfall als ersten Erfolg. Nun soll die sechswöchige Anhörungsfrist für den Entwurf eines Dienstrechtsreformgesetzes für weitere Änderungsvorschläge genutzt werden, kündigte DGB-Bezirkschef Nikolaus Landgraf an. Vor allem die geplanten Einschränkungen der Mitbestimmung der Personalräte sind dem DGB ein Dorn im Auge. Nach den Plänen der Landesregierung sollen Personalräte bei Personalanlässen oder bei der Einführung neuer Arbeitsmethoden künftig nur noch eingeschränkt mitwirken dürfen. Ein „Irrweg“ sei es auch, die Sonderaltersgrenzen für Feuerwehrleute, Polizei- und Justizvollzugsbeamte sowie Lehrkräfte anheben zu wollen. Die Absicht der Landesregierung, mit dem Gesundheitsmanagement in der Landesverwaltung nun endlich ernst zu machen, stößt beim DGB dagegen auf offene Ohren. Er verfolge schon länger das Ziel, mit der Landesregierung eine entsprechende Vereinbarung zu treffen. ■

Bayern

Geplante Schichtzulagenerhöhung – eine Milchmädchenrechnung

Die bayerische Landesregierung plant, die Zulage für den Dienst zu ungünstigen Zeiten (DuZ) zum 1. Januar 2011 auf 2,56 Euro zu erhöhen und ruft damit den Unmut der GdP hervor. Die Gewerkschaft fordert seit Jahren die Erhöhung der Zulage auf 5 Euro. Insbesondere Polizeibeamten und -beamte, die in stark belastenden Wechselschichten Dienst leisteten, würden hiervon profitieren. Für Empörung sorgt beim GdP-Landesvorsitzenden

Harald Schneider deshalb vor allem, dass die Polizeibeamten die Erhöhung der Zulage fast zur Hälfte selbst finanzieren würden, weil gleichzeitig die Wechselschichtzulage von 51 auf 30,68 Euro monatlich gekürzt werden soll. Schneider begrüßt die Erhöhung zwar als einen ersten Schritt in die richtige Richtung, hält die Mitfinanzierung durch die Schichtdienst leistenden Polizeibeamten und -beamten jedoch für indiskutabel. ■

Berlin

Schrittchen in die richtige Richtung

Der Beschluss des Senats, die Besoldung der rund 72.400 Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter im Berliner Landesdienst in zwei Schritten um 3,5 Prozent zu erhöhen, löste beim DGB Berlin-Brandenburg ein zurückhaltendes Echo aus: „Wir haben uns eine deutlichere Anhebung gewünscht“, erklärte die DGB-Bezirksvorsitzende Doro Zinke. „Im Hinblick auf den Rückstand zu anderen Bundesländern ist das noch kein großer Schritt, allenfalls ein Schrittchen“, so die Spitzenvertreterin der Beamtinnen und Beamten weiter. In den kommenden Jahren müsse dazu mehr passieren. „Wir erkennen aber auch an, dass in Zeiten von Haushalts- und Finanzkrise dem Senat dieser Beschluss nicht leicht gefallen ist.“ Danach soll die Besoldung ab 1. Oktober 2010 um 1,5 und ab 1. August 2011 um weitere 2 Prozent erhöht werden. Die Zahlungen an Pensionäre sollen entsprechend angepasst werden. ■

Brandenburg

DGB: Öffentlicher Dienst verliert an Attraktivität

Die Personalbedarfsplanung der brandenburgischen Landesregierung sorgt weiter für Aufregung. Danach sollen der Personalabbau der vergangenen Legislaturperioden fortgesetzt und bis 2019 weitere rund 10.000 Stellen gestrichen werden. Von „Personalbedarfspla-



„Protestspalier“ an der Zufahrt zum Landtag.

Foto: Alexander Haas

nung“ könne keine Rede sein, betont der DGB. Vielmehr würden Sparvorgaben umgesetzt, ohne dass Aufgaben hinterfragt und tragfähige Konzepte für effektivere und effizientere Arbeitsabläufe entwickelt worden seien. Für den Ärger der Beschäftigten sorgt auch, dass die Sonderzahlung 2010 auf Eis liegt. Mit einem geplanten Volumen von 10 Mio. Euro ist sie aus Sicht des DGB ohnehin völlig unzureichend. Die Beamtinnen und Beamten hätten schon in den vergangenen Jahren einen enormen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung geleistet. ■

Bremen

Bremstreifen der Schuldenbremse

Als Konsequenz der Schuldenbremse und der Föderalismusreform II muss Bremen in den nächsten zehn Jahren sein Finanzierungsdefizit von einer Milliarde Euro abbauen. Die Finanzierungslücke im Haushalt muss um jährlich 100 Millionen Euro verringert werden. Mit dem Abbau von 950 Stellen, der Heraufsetzung des Pensionsalters auf 67 Jahre und der verzögerten Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtenbesoldung sollen die Beschäftigten einen wesentlichen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten. Die Gewerkschaften befürchten Sonderopfer der Bremer Beschäftigten. Der DGB will die Attraktivität Bremens bewahren und betont, dass das nur mit motivierten und qualifizierten Mitarbeitern gelingen könne. Beschäftigungsbedingungen und Weiterbildungsmöglichkeiten müssten verbessert werden. Er geht davon aus, dass die Beschäftigten und ihre Interessenvertretungen an der Haushaltskonsolidierung beteiligt werden. „Wir werden diesen Prozess kritisch be-

Aus den Ländern

gleiten. Dienstleistungen für Bürgerinnen und Bürger dürfen sich nicht verschlechtern oder gar wegfallen“, betonte die DGB-Regionvorsitzende Annette Düring. ■

Hamburg

Laufbahnverlaufsmodell der Polizei verfassungswidrig

Das Laufbahnverlaufsmodell bei der Hamburger Polizei, das für Beförderungen typisierte Karriereverläufe zugrundelegt und den Beurteilungsnoten einen geringeren Stellenwert beimisst, ist in wesentlichen Punkten verfassungswidrig. Das hat das Hamburgische Oberverwaltungsgericht (Beschluss vom 17.2.2010, 1 Bs 241/09) festgestellt. Das Modell widerspreche der Systematik des Art. 33 Abs. 2 GG. Bereits 2004 hatte das Bundesverwaltungsgericht (Urteil vom 28.10.2004, BVerwGE 122, 47) in seinen Leitsätzen darauf hingewiesen, dass „für die Besetzung von Beförderungsmätern einer Laufbahn ausschließlich der Leistungsgrundsatz gemäß Art. 33 Abs. 2 GG“ gilt. Lebensalter und Dienstzeitalter seien dagegen keine unmittelbar leistungsbezogenen Merkmale. Die GdP hatte schon vor Einführung des Laufbahnverlaufsmodells darauf hingewiesen, dass es mit verfassungsrechtlichen Grundsätzen nicht in Einklang zu bringen sei und auf Alternativen aufmerksam gemacht. Als Konsequenz aus der Rechtsprechung müsse nun endlich ein ehrliches, rechtssicheres und transparentes Beförderungssystem geschaffen werden. ■

Hessen

Nein zur Pension mit 67

Der DGB Hessen-Thüringen kritisiert die Pläne der Landesregierung, das Pensionsalter der Beamtinnen und Beamten auf 67 Jahre erhöhen zu wollen. Statt mehr Menschen in Beschäftigung zu bringen, solle erneut auf Kosten der Beamtinnen und Beamten der Staats-

haushalt saniert werden. Dies stehe sogar so in der Begründung zum Gesetzentwurf für ein neues Dienstrecht und sei an Zynismus kaum noch zu überbieten. Der DGB hat die Landtagsabgeordneten aufgefordert, den Gesetzentwurf von CDU und FDP abzulehnen und mit den Gewerkschaften über die Modernisierung des Dienstrechts zu verhandeln. „Es ist für den DGB nicht hinnehmbar, dass in einer so wichtigen Angelegenheit wie der Modernisierung des Dienstrechts, die Gewerkschaften und insbesondere die Spitzenorganisationen von den Beratungen ausgeschlossen werden“, betont DGB-Bezirkschef Stefan Körzell. Es liege auf der Hand, dass die Regierungsfractionen stellvertretend für die Landesregierung den Gesetzentwurf eingebracht haben, um ihn im Eiltempo durch den Landtag beschließen zu lassen, ohne den Betroffenen die Möglichkeit zur Mitwirkung zu geben. „Dies widerspricht demokratischen Grundprinzipien“, kritisiert Körzell das Verfahren. ■

Mecklenburg-Vorpommern

DGB begrüßt Einigung der Koalition zum Vergabegesetz

Als kleinen, aber ersten wichtigen Schritt in die richtige Richtung hat der stellvertretende Vorsitzende des DGB-Bezirks Nord Ingo Schlüter die zwischen den Regierungsfractionen von SPD und CDU erzielte Einigung für ein Vergabegesetz bezeichnet. Damit werde der bereits vor einem Jahr von den Gewerkschaften und der SPD-Fraktion definierte Minimalspielraum nach dem so genannten Ruffert-Urteil des Europäischen Gerichtshofes genutzt. Dazu zähle auch die Festschreibung der Kontrollmechanismen für bundesweit geltende Mindestlohnregelungen. Der Kompromiss bleibe allerdings hinter den landesgesetzgeberischen Möglichkeiten zurück, kritisiert Schlüter und verweist auf deutlich weitergehende Regelungen im Bremer Tarifvertragsgesetz. Das sieht u. a. einen vergabebespezifischen Mindestlohn von 7,50 Euro vor. ■

Niedersachsen

DGB für bessere Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst

Rund 100 Personal- und Betriebsräte aus Verwaltung, Schule, Polizei, Feuerwehr, Ministerien und anderen Einrichtungen des öffentlichen Dienstes haben sich auf Einladung des DGB von Sachverständigen zum Thema Arbeitszeit informieren lassen. Möglichkeiten zur besseren Gestaltung der Arbeitsbedingungen etwa durch flexible Arbeitszeitmodelle wurden ebenso diskutiert wie die Vermeidung berufsbedingter Krankheiten und die ausreichende Ausstattung der Dienststellen mit Personal. DGB und Gewerkschaften sprachen sich erneut gegen die Verlängerung der Lebensarbeitszeit der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes aus. Der DGB setzt sich stattdessen dafür ein, die Arbeitsbedingungen so zu gestalten, dass die Beschäftigten das derzeitige gesetzliche Renten- bzw. Pensionsalter gesund erreichen können. Alles andere seien verdeckte Kürzungen der Alterseinkommen. ■

Nordrhein-Westfalen

Zwischen Fiktion und Wirklichkeit

In seiner Grundsatzrede vor den Teilnehmern und Gästen des Delegiertentages der GdP Nordrhein-Westfalen forderte der Landesbezirksvorsitzende Frank Richter ein durchgän-



Foto: Rüdiger Holecek

Aus den Ländern

giges Laufbahnrecht, individuelle Lebensarbeitszeitmodelle, die sich an den realen Erschwernissen des Polizeidienstes orientierten und eine Neuregelung des nicht mehr den heutigen Gegebenheiten entsprechenden Zulagenwesens. Richter: „Wir werden dafür kämpfen, dass man eine Reform nicht wieder dazu nutzt, auf kaltem Wege die lang erkämpften Errungenschaften einzustampfen. Wer Sicherheit produziert, muss auch in Sicherheit leben können. Wir werden deshalb für ein modernes Dienstrecht kämpfen!“ Die Polizei benötige eine Weiterentwicklung ihrer Struktur im Inneren und Äußeren: „Wenn es um neue Strukturen geht, sollten wir die Fachleute fragen, die etwas von Polizei verstehen – nämlich die Polizei selbst. Wir brauchen keine Experten, die die Polizei nur aus dem „Tatort“ kennen.“ ■

Rheinland-Pfalz

ver.di will bessere Arbeitsbedingungen für Schulsekretärinnen

ver.di Rheinland-Pfalz hat Bürgermeister und Landräte im Land aufgefordert, die Arbeitsbedingungen in den Schulsekretariaten zu verbessern. Insbesondere die Bemessung der Arbeitszeiten müsse an die veränderten Anforderungen angepasst und erhöht werden. Die Anforderungen hätten sich in den letzten 25 Jahren vollständig geändert. Schulsekretärinnen seien heute Managerin und Beraterin in allen Schul- und Schülerangelegenheiten. Das habe sich aber weder in mehr Stellen noch in besserer Bezahlung manifestiert. Im Zusammenhang mit der Einführung der Lernmittelfreiheit kämen nun weitere Anforderungen hinzu. „Die Schulsekretärinnen gehen mittlerweile am Stock. Wenn die Bürgermeister und Landräte nicht handeln, gefährden sie die Gesundheit ihrer Beschäftigten und darüber hinaus den Erfolg und die Akzeptanz der Lernmittelfreiheit“, warnte Volker Euskirchen, bei ver.di Rheinland-Pfalz zuständig für Gemeinden. ■

Saarland

Forstpolitische Kehrtwende

Die saarländische Regierungskoalition will die Weichen in der Forstpolitik neu stellen und eine weitere „Forstreform“ auf die Schiene setzen. Eine erste Arbeitsgruppensitzung „SaarForst – Landesbetrieb – neue Aufgaben, neue Ziele“, an der auch Vertreter/innen der IG BAU teilgenommen haben, hat bereits Anfang des Jahres im Umweltministerium stattgefunden. Die Gewerkschaft, die in den vergangenen Jahren immer wieder kritisiert hatte, dass sie an den Reformprozessen nicht beteiligt worden sei, bewertet die neue Gesprächsbereitschaft als „grundsätzliche forstpolitische Kehrtwende“. In ihren „forstpolitischen Grundsatzpositionen“ geht es der IG BAU nach Jahren der Personaleinsparungen vor allem darum, eine zukunftsorientierte Personalentwicklung in allen Beschäftigtengruppen sicherzustellen. Angesichts fortschreitender Überalterung wirbt sie für gezielte Aus-, Fort- und Weiterbildung und den Ausbau neuer Arbeitsfelder im Naturschutz und in der Landschaftspflege. ■

Sachsen

Sachsens Schulen droht gravierender Lehrkräftemangel

Standortschließung für die Ausbildung von Grund- und Mittelschullehramt, gescheiterte Reform der Lehramtsstudiengänge und Stellenabbau an sächsischen Schulen – die sächsische Staatsregierung sei auf bestem Wege, die Qualität der schulischen Bildung in Sachsen zu verspielen, meint die Studierendenvertretung des Zentrums für Lehrerbildung, Schul- und Berufsbildungsforschung der Technischen Universität Dresden. Statt den bevorstehenden Generationenwechsel in den Schulen mit Weitsicht zu gestalten und dafür in der Lehramtsausbildung die Weichen zu stellen, betreibe sie eine kurzsichtige Personalpolitik. Damit müsse nun endlich Schluss sein. Deshalb haben



Fürchten um Qualität der Lehrerbildung in Sachsen – Lehramtsstudierende in Dresden.

Foto: GEW/Claus Scharschuch

Lehramtsstudierende vor dem Landtag in Dresden für mehr Ausbildungskapazitäten an den Universitäten und im Vorbereitungsdienst, für den Erhalt der Lehrkräfteausbildung an der TU Dresden und für bessere Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen demonstriert. Unterstützt wurden die Proteste der Studierenden u. a. von der GEW Sachsen. ■

Sachsen-Anhalt

Stipendienprogramm auch für Lehrkräfte

Auf die Ankündigung des sachsen-anhaltischen Sozialministers Norbert Bischoff (SPD), Medizinstudenten mit Stipendien an Landarztstätigkeiten zu binden, reagierte GEW-Landeschef Thomas Lippmann mit der Anregung, auf gleiche Art dem künftigen Lehrkräftemangel zu begegnen. „Wir haben schon jetzt regionalen und fachspezifischen Mangel. Wenn ab 2013/14 jährlich mehr als 600 ausscheidende Lehrer zu ersetzen sein werden, werden nicht nur „Landlehrer“ fehlen.“ Ein dem „Ärzte-Modell“ vergleichbares Konzept für Lehrerinnen und Lehrer könne helfen, landesweit alle Schulformen und die Mangelfächer abzusichern. Zusammen mit einem erweiterten Einstellungskorridor durch freiwillige Teilzeit könnte dieses Modell aus Sicht der GEW die zweite Säule eines Generationenvertrags für den Lehrkräftenachwuchs werden. ■

Schleswig-Holstein

Beschäftigte des Uniklinikums fürchten um ihren Arbeitsplatz

Aus der Strukturkommission der schleswig-holsteinischen Regierungskoalition ist die Absicht an die Öffentlichkeit gedrungen, das Uni-

Aus den Ländern

versitätsklinikum Schleswig-Holstein in Lübeck verkaufen zu wollen. Damit habe die Koalition vor allem die Pflege- und Servicekräfte des Klinikums in Angst und Schrecken versetzt. „Sie sind es, deren Arbeitsplätze als erste bei einer Privatisierung gefährdet werden“, kritisierte der Vorsitzende des DGB Nord Uwe Polkaehn. Er betonte, dass der DGB sich für den Erhalt des Uniklinikums auch in Lübeck einsetze: „Die öffentliche Daseinsvorsorge im Gesundheitsbereich wird in Lübeck wesentlich durch das UK SH gewährleistet“, so der Bezirkschef. „Durch eine Privatisierung werden die medizinischen Studiengänge an der

Universität Lübeck in Frage gestellt, ohne sie kann man schwerlich noch von einer Universität sprechen.“ ■

Thüringen

ver.di fordert Reduzierung der Arbeitszeit für Thüringer Beamte

ver.di fordert für die thüringischen Landes- und Kommunalbeamtinnen und -beamten, die Arbeitszeit auf 40 Wochenstunden zu reduzieren. Anlass ist das Vorhaben des Innenministeriums, die derzeitige Arbeitszeit von 42 Stunden pro Woche bis mindestens Mitte 2012

festzuschreiben. ver.di forderte die Landesregierung auf, das den Beamtinnen und Beamten in Thüringen durch die Regierung Althaus auferlegte Sonderopfer schnellstens zu beenden. Durch die Verlängerung der Arbeitszeit sollte seinerzeit Druck auf die Erhöhung der Arbeitszeit der Tarifbeschäftigten ausgeübt werden. Dieser Versuch sei gescheitert, bilanziert Theis. Jetzt sei es an der Zeit, die Arbeitszeit von Tarifbeschäftigten und Beamten wieder anzugleichen. „Für uns ist das auch der Prüfmaßstab dafür, dass die frühere, gegen die Arbeitnehmer gerichtete Politik beendet wird“, betont er. ■

Porträt



Im Porträt: Dietmar Honold, Betriebsratsvorsitzender beim Postbank-Filialvertrieb Stuttgart

„Wir sind das Gesicht zum Bürger“

Wussten Sie, dass die Postbank eine „Multikanalbank“ ist? Sie vertriebt ihre Produkte online, durch Finanzberater, die zu Ihnen nach Hause kommen und in bundesweit ca. 850 Postbank Finanzcentern, bei Kunden bekannt als Postfilialen. Hier können Sie nicht nur Briefmarken kaufen, sondern auch Konten eröffnen, Kredite beantragen oder Versicherungen abschließen. Dietmar Honold betreut 92 dieser 850 Filialen – und zwar die in Baden-Württemberg mit rund 1.000 Beschäftigten. Er ist Betriebsratsvorsitzender und vertritt die Anliegen der Kolleginnen und Kollegen, insbesondere bei der Arbeitsplatz- und Dienstplangestaltung. Angesichts eines hohen Anteils an Vollzeitverhältnissen und einer vergleichsweise niedrigen Teilzeitquote von ca. 15 Prozent birgt die Personaldisposition durchaus Fallstricke. „Wir sind das Gesicht zum Bürger“, ist sich Honold bewusst und versucht Kundenwünsche und Beschäftigteninteressen unter einen Hut zu bringen. Den solidarischen Schutz hat sich der Vollblut-Betriebsrat auf die Fahnen geschrieben, aber er weiß auch, dass das Unternehmen wirtschaftlich tragfähig und erfolgreich sein muss. Das gehe nur, wenn der Betriebsfrieden gewahrt bleibe. Deshalb suchen Honold und seine Betriebsratskolleginnen und -kollegen nach einem fairen Ausgleich widerstreitender Interessen



und nach Lösungen, wie etwa der Wiedereinstieg einer Kollegin nach längerer Krankheit oder die Rückkehr eines Kollegen aus der Elternzeit sinnvoll und gerecht gestaltet werden kann. Mit Augenmaß arbeiten sie daran, dass die Beamtin mit den drei schulpflichtigen Kindern den familiären ebenso wie

den beruflichen Anforderungen gerecht werden kann. Auch der erhöhte Vertriebsdruck mache vielen Beschäftigten zu schaffen, berichtet der 51-Jährige. Seit der Finanzkrise sei er weiter gestiegen und die Zahl psychischer Erkrankungen nehme zu. Die Kolleginnen und Kollegen seien keine ausgebildeten Verkäufer. „Erst wenn ich hinter dem Produkt stehe, kann ich es auch anbieten“, bringt Honold das Unbehagen vieler auf den Punkt. Der ver.di-Betriebsrat kämpft dafür, dass den Beamtinnen und Beamten, die den Erwartungen nicht entsprechen, keine Sanktionen drohen und dass gute Leistungen vom Arbeitgeber auch anerkannt werden. ■



Foto: ©iStockphoto.com/monkeybusinessimages

- nimmt seitdem als berücksichtigungsfähige Ehepartnerin des Beamten im Krankheitsfall den Beihilfesatz von 70 Prozent in Anspruch. Eine eigene Teilkostenversicherung bei einer privaten Krankenversicherung hat sie nicht abgeschlossen. Aufgrund der neuen Versicherungspflicht müsste sie sich eigentlich wieder bei ihrer früheren gesetzlichen Krankenkasse versichern und würde keine Beihilfe mehr erhalten. Dies gilt auch bei gleicher Fallkonstellation für beihilfeberechtigte hinterbliebene Ehepartner.

Spezielles Öffnungsangebot der privaten Krankenkassen

Um diese Folge zu vermeiden, bieten die privaten Krankenkassen einen erleichterten Zugang für berücksichtigungsfähige Angehörige sowie beihilfeberechtigte Hinterbliebene an, die keinen anderweitigen Anspruch auf Absicherung im Krankheitsfall haben und zuletzt gesetzlich krankenversichert waren (gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 13 SGB V). Die Öffnungsaktion gilt auch trotz eventuell bestehender Erkrankungen. Sollte aufgrund eines erhöhten versicherten Risikos ein Beitragszuschlag erforderlich sein, ist dieser auf 30 Prozent begrenzt.

Bedingungen der Öffnungsaktion

Nach § 5 Abs. 1 Nr. 13 SGB V versicherungspflichtige berücksichtigungsfähige Angehörige bzw. beihilfeberechtigte Hinterbliebene, die derzeit bereits versicherungspflichtig sind bzw. deren Versicherungspflicht bis zum 30. April 2010 eingetreten ist, können den erleichterten Zugang bis zum 31. Oktober 2010 beantragen. Tritt die Versicherungspflicht nach dem 30. April 2010 ein, ist der Antrag binnen einer Frist von sechs Monaten ab Eintritt der Versicherungspflicht zu stellen. ■

i Informationen zu den teilnehmenden Versicherungsunternehmen erteilt der Verband der privaten Krankenversicherung e.V., Postfach 511040, 50946 Köln, Telefon: 0221 9987-0.
www.pkv.de



Kleinanzeigenmarkt

Altersvorsorge – Riester für Beamte

Sondertarife für Gewerkschaftsmitglieder: Sichern Sie sich jetzt die Riesterförderung für Beamte und Ehegatten unter www.das-rentenplus.de

Bank für den öffentlichen Dienst

BBBank – Jetzt zur Hausbank für Beamte und den öffentlichen Dienst wechseln. Mehr Informationen unter www.bezuegekonto.de

Ausbildung im öffentlichen Dienst

Starten Sie Ihre Karriere im öffentlichen Dienst als Auszubildender oder Beamtenanwärter unter www.ausbildung-im-oeffentlichen-dienst.de

Einkaufen

Einkaufsvorteile für Beamtinnen und Beamte unter www.einkaufsvorteile.de/bsw

Darlehen und Kredite

Anschaffungen oder Umschuldungen für Beamte und Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst unter www.beamtenkredite-online.de

Beamtenversorgungsrecht

Praxis-Seminare zur Beamtenversorgung
Anmeldungen unter www.die-oeffentliche-verwaltung.de

Beihilfe

Ratgeber „Die Beihilfe“ nur 7,50 Euro
Bestellungen unter www.die-beihilfe.de oder per Tel.: 0211 7300335

OnlineService für den öffentlicher Dienst

OnlineService: Für nur 10 Euro können Sie mehr als 800 PDF zu den wichtigsten Themen im öffentlichen Dienst herunterladen, lesen und ausdrucken. Anmelden unter www.dbw-online.de

Gastgeber

Mehr als 5.000 Gastgeber unter www.urlaubsverzeichnis-online.de



Das RentenPlus 

Wieso ist eine Riester-Rente fürs Alter wichtig?

Die Riester-Rente soll die Einschnitte in der Altersvorsorge auffangen. Sie bietet Beamtinnen und Beamten sowie Tarifbeschäftigten die Möglichkeit, privat für das Alter vorzusorgen. Und das auch noch mit staatlicher Unterstützung! Denn wer sich dafür entscheidet, seine staatlich zugesicherten Pensions- oder Rentenansprüchen durch eine Riester-Rente zu ergänzen, erhält dafür staatliche Zulagen und unter bestimmten Voraussetzungen Steuervorteile.

Mehr Informationen unter www.das-rentenplus.de

Die Riester-Rente für Gewerkschaftsmitglieder zum günstigen Sondertarif.

Interview



Der Bundeskongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat Ingrid Sehrbrock als DGB-Vize für eine weitere Amtszeit bestätigt. Die Beamtenpolitik wird sie voraussichtlich auch in den kommenden Jahren verantworten. Das „Magazin für Beamtinnen und Beamte“ wollte u. a. wissen, wo Sehrbrock ihre beamtenpolitischen Schwerpunkte setzen wird.

Die Dienstrechtsreform im Bund ist abgeschlossen, die Besoldungsrunde auf der Zielgeraden. Welche beamtenpolitischen Entwicklungen erwartest Du in nächster Zeit?

In den Ländern nehmen die Reformprozesse im Dienstrecht Fahrt auf: In Bayern ist das Gesetzgebungsverfahren schon weit gediehen, jüngst erreichte uns ein Gesetzentwurf aus Hessen. Ich selbst bin Mitglied der Reformkommission in Nordrhein-Westfalen. Die Kernthemen ähneln sich überall: Mehr Durchlässigkeit, ein moderneres Laufbahnrecht, Erfahrungsstufen in der Besoldung und die Pension mit 67. Die Lösungen unterscheiden sich aber zum Teil grundlegend. Die Leistungslauf-



Wenn Du einen Wunsch frei hättest: Was würdest Du Dir für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes wünschen?

Seit Beginn der 1990er Jahre steht der öffentliche Dienst unter einem hohen Veränderungsdruck. Eine Verwaltungsreform jagt die nächste. Viele Beschäftigte, die

von diesen Prozessen direkt oder indirekt betroffen sind, sind verunsichert und entmutigt. Viele fühlen sich übergangen. Ich wünsche mir für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, dass der permanente Druck durch immer neue aufeinanderfolgende Reformen nachlässt. Ich wünsche mir, dass sie sich nicht in erster Linie mit organisatorischen Veränderungen beschäftigen müssen, sondern sich – frei von Nebenkriegsschauplätzen – auf ihre eigentlichen Aufgaben konzentrieren können. Und ich wünsche mir, dass ihnen ihre Arbeit wieder Freude bereitet.

Wichtige Aufgabenfelder weiterentwickeln

bahn in Bayern ist schon etwas anderes als das klassische viergliedrige Laufbahnsystem des Bundes. Und nicht überall soll das Eintrittsalter in den Ruhestand angehoben werden. Wir werden die DGB-Bezirke in ihrer Arbeit unterstützen, wenn es darum geht, die Interessen der Beamtinnen und Beamten wirksam zur Geltung zu bringen.

Wo wirst Du in den nächsten Jahren Schwerpunkte setzen?

In unserer Beamtenkommission haben wir kürzlich vor allem über die Beamtenversorgung und die Koalitionsrechte diskutiert. Beides sind strategisch wichtige Aufgabenfelder, die wir in den kommenden Jahren stärker entwickeln müssen. Es mehren sich die Zeichen dafür, dass wir auf Kürzungen in der Beamtenversorgung gefasst sein müssen – die Finanzkrise lässt grüßen. Unsere Haltung ist klar: Keine Sonderopfer für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Sie dürfen nicht für das systematische Versagen der Politik zur Rechenschaft gezogen werden. Die Koalitionsfreiheit der Beamtinnen und Beamten ist durch die jüngsten Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zum Beamtenstreik in der Türkei wieder ein Thema. Die Bundeskanzlerin hat auf dem DGB-Bundeskongress erklärt, die Tarifautonomie müsse in unserem Land gestärkt werden. Hier haben wir im Dienstrecht eine große Lücke: Von Verhandlungen auf Augenhöhe kann nicht die Rede sein. Das muss deutlich anders werden.

Was wünschst Du Dir als Bürgerin, die die Dienstleistungen des öffentlichen Dienstes in Anspruch nimmt?

Vor einigen Wochen musste ich meinen Personalausweis verlängern lassen. Mit vollgepacktem Terminkalender ist es nicht ganz einfach, sich für solche Erledigungen Zeit freizuschaffen. Deshalb war ich angenehm berührt, wie schnell die Angelegenheit erledigt war. Die Beschäftigten im Rathaus meines Wohnortes haben vorgemacht, was ich mir für mich und alle Bürgerinnen und Bürger wünsche: dass Anliegen zügig, reibungslos und mit einem freundlichen Wort auf den Lippen erledigt werden. Ich jedenfalls habe das Rathaus seinerzeit gutgelaunt verlassen und benutze diesen „positiven Behördenkontakt“ gerne, allzu bornierte Klischees über den öffentlichen Dienst zu widerlegen. ■

Zur Person

- 1948 in Offenbach am Main geboren
- Studium der Anglistik, Politikwissenschaft, Chemie und Pädagogik in Frankfurt/Main
- seit 1987 stellvertretende Bundesvorsitzende der CDA
- seit 1999 Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB
- seit Mai 2006 stellvertretende Vorsitzende des DGB

Aus den Gewerkschaften



„Bildung ist Mehrwert!“



Foto: GEW Baden-Württemberg

Warnstreiks, Kundgebungen und öffentliche Sit-Ins unter dem Motto „Aussitzen gilt nicht!“ – vielfältig waren die Protestaktionen, mit denen Lehrerinnen und Lehrer in der ersten Maiwoche in fast allen Bundesländern ihrem Unmut Luft gemacht haben. Aufgerufen hatten GEW und dbb tarifunion, nachdem die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) nach fünf Verhandlungsrunden über eine Länder-Entgeltordnung für Lehrkräfte die Kernforderungen der Gewerkschaften zurückgewiesen hatte.

In Deutschland gibt es gut 200.000 angestellte Lehrkräfte. Für sie fordert die GEW einen Länder-Tarifvertrag, der eine bessere und einheitliche Bezahlung sichern soll. Bei den Verhandlungen am 28. April in Berlin hatte die GEW noch einmal auf eine Positionierung der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) in Grundsatzfragen gedrängt. „Die Arbeitgeber sind jedoch weiter nicht bereit, wissenschaftlich ausge-

bildete Lehrkräfte genau so zu bezahlen wie andere Akademiker im öffentlichen Dienst. Obwohl auf Master-Abschlüsse umgestellt wird, sollen Lehrkräfte weiter schlechter behandelt werden. Grundschullehrer etwa sollen weiter abgehängt bleiben. Dabei ist längst klar, dass die Grundschulbildung zentrale Bedeutung für Schulerfolg und weiteren Lebensweg der Kinder hat“, sagte GEW-Vorstandsmitglied und -Verhandlungsführerin Ilse Schaad. „Die Gewerkschaften wollen eine tarifliche Lösung für alle angestellten Lehrkräfte. Ausbildung und Tätigkeit müssen die entscheidenden Kriterien für die Eingruppierung sein. Zudem dürfen Ost-Lehrkräfte nicht länger gegenüber den in den westlichen Bundesländern Ausgebildeten benachteiligt werden. Das weisen die Arbeitgeber zurück.“

Die Protestierenden machten deutlich: Unsere Geduld ist am Ende. Sie erwarten rasch ein akzeptables Angebot von Arbeitgeberseite. ■

Keine Versicherung ist wie die andere.

Wenn es um die Finanzierung Ihrer Wünsche geht –
NÜRNBERGER Beamtendarlehen.

125 JAHRE

Schutz und Sicherheit im Zeichen der Burg

NÜRNBERGER

VERSICHERUNGSGRUPPE



**Finanzdienstleister
für den Öffentlichen Dienst.**

NÜRNBERGER Beamten Lebensversicherung AG

Telefon 0911 531-4872, Fax -814872

MBoeD@nuernberger.de

www.nuernberger.de

Personalien

Neues Gesicht im Bereich



Seit dem 1. Mai 2009 verstärkt Mirjam Muhs (36) das Team im Bereich Öffentlicher Dienst und Beamte des DGB Bundesvorstands. Als

Politische Referentin betreut sie die Themen Beamtenbesoldung und Laufbahnrecht. Die Politikwissenschaftlerin wechselte aus dem Bereich Jugend, wo sie schwerpunktmäßig für Studierendenarbeit und Internationales/Europa zuständig war. ■

Neuer Abteilungsleiter



Neuer Leiter der Abteilung Öffentlicher Dienst und Beamtenpolitik beim DGB-Bezirk Berlin-Brandenburg ist Alexander

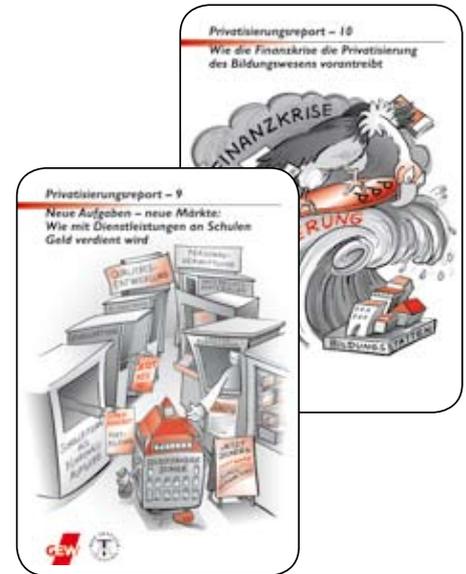
Haas. Der 29-Jährige ist Volljurist mit dem Schwerpunkt Verwaltungsrecht. Politisch und

juristisch hat sich Haas mit Verwaltungsmodernisierung und Privatisierung befasst. Seit 2004 engagiert er sich bei ver.di. Haas wird die Abteilung Öffentlicher Dienst und Beamtenpolitik des DGB-Bezirks neu organisieren und mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes eng zusammenarbeiten. ■

Webtipps

Privatisierung schulnaher Dienstleistungen

Unter der Bezeichnung „Selbstständige Schule“ hat sich in den vergangenen Jahren eine neue Art der Steuerung des Schulwesens entwickelt. Im Zentrum stehen das Budget, die Mittelbewirtschaftung und der „Output“. Schulen werden immer mehr zu „Kunden“ privater Dienstleister, weil sie gezwungen sind, sich mit „Controlling“, „Personalbewirtschaftung“ oder „Corporate Identity“ zu beschäftigen. Der 9. Privatisierungsreport der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) beschäftigt sich mit den Auswirkungen „schulnaher Dienstleistungen“. ■



Finanzkrise treibt Privatisierung voran

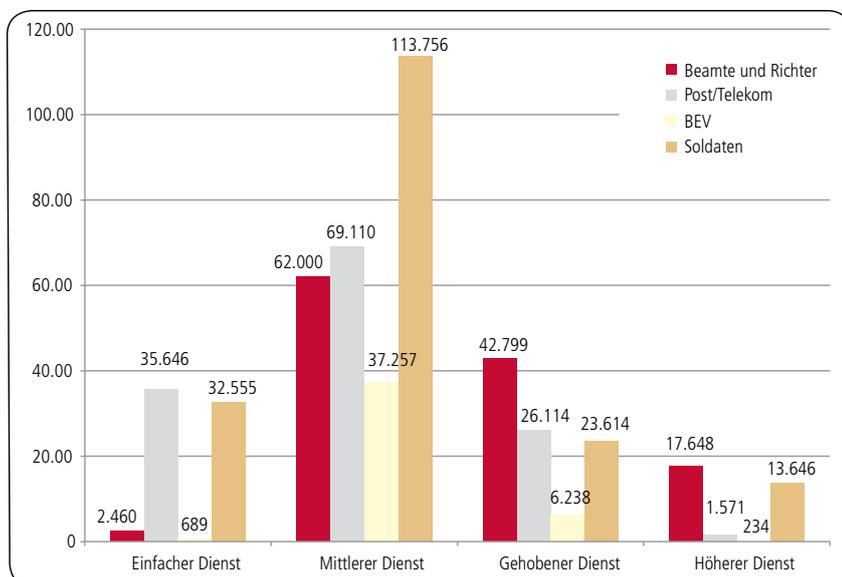
Die relative Armut öffentlicher Kassen verstärkt auch im Bildungswesen den Druck zur Privatisierung. Zu dieser Erkenntnis kommt der 10. Privatisierungsreport der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Er nimmt die Verbindung zwischen der Finanzmarktkrise und dem Bildungsbereich unter die Lupe und beschreibt, wie marktmäßige, privatwirtschaftliche Lösungen immer mehr an Bedeutung gewinnen. Private Bildungseinrichtungen, deren Geschäftszweck die Erwirtschaftung von Profit ist, betreten in immer größerer Zahl die Bühne. ■



www.gew.de/Privatisierungsreports.html

Zahlen, Daten, Fakten

Beamtinnen und Beamte des Bundes nach Laufbahngruppen



Die Besoldungsanpassung im Bund kommt vor allem dem mittleren Dienstes zugute. Fast 170.000 Beamtinnen und Beamte und mehr als 113.000 Soldatinnen und Soldaten gehören dieser Laufbahngruppe an. Mit monatlichen Bezügen, die durchschnittlich bei etwa 2.500 Euro liegen, beziehen sie kleine bis mittlere Einkommen. Allein die Einmalzahlung von 240 Euro macht für diese Beschäftigten im Durchschnitt knapp 1 Prozent mehr Einkommen im Jahr 2011 aus. Die Gewerkschaften hatten gerade für diese Gruppe eine soziale Komponente gefordert. ■

Quellen: Statistisches Bundesamt Fachserie 14, Reihe 6, Stand 30. Juni 2008; Bundestagsdrucksache 16/13403

Sie geben alles. Wir geben alles für Sie.

Mit BOXplus, dem Rundum-Schutz für Sie und Ihr Zuhause.

Spezialist für den Öffentlichen Dienst. **DBV**



BOXplus

- Maßgeschneiderter Rundum-Schutz für Sie und Ihr Zuhause
- Haftpflicht, Hausrat, Glas, Wohngebäude und Unfall
- Flexibel und frei kombinierbar

Als Spezialversicherer exklusiv für den Öffentlichen Dienst geben wir alles für Sie – und entwickeln Produkte, die speziell auf Ihre Bedürfnisse abgestimmt sind. So wie BOXplus. Lassen Sie sich jetzt von Ihrem persönlichen Betreuer in Ihrer Nähe beraten.

Mehr Informationen: www.DBV.de oder Telefon 0 180 3 - 00 57 57*.

*9 Cent aus dem deutschen Festnetz, Mobilfunk maximal 42 Cent, jeweils je angefangene Minute.



Private Krankenversicherung für Beamte

Mehr Leistung. Mehr Sicherheit.
Weniger Kosten.



Bei uns ist der öffentliche Dienst zu Hause.

Die HUK-COBURG ist ein starker Partner, auch wenn es um Ihre Gesundheit geht:

- Mehr Leistung beim Arzt, Zahnarzt, im Krankenhaus
- Günstige Beiträge für Beamte und Beamtenanwärter
- Geld zurück: attraktive Beitragsrückerstattungen
- Zufriedene Kunden: Testsieger in der Kundenzufriedenheitsstudie der unabhängigen Unternehmensberatung MSR Consulting.

Lassen Sie sich gut beraten:

Adressen und Telefonnummern Ihrer Ansprechpartner finden Sie im örtlichen Telefonbuch oder unter www.HUK.de.

Der schnelle Rat: Telefon 09561 96-98221
Telefax 09561 96-6990

Kooperationspartner des

**DEUTSCHER
PERSONALRÄTE
PREIS 2010**



HUK-COBURG
Aus Tradition günstig